

1 Freie Schule für alle statt Einheitsschule!

2 Die FDP setzt auf frühkindliche Bildung und freie Schulen

3

4 Bildungschancen sind Lebenschancen. Bildung ist unser größtes Kapital und unsere Chance für
5 die Zukunft. Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land hängen entscheidend vom Stand
6 der Bildung ab. Doch zeigen die Ergebnisse nationaler wie auch internationaler Vergleichstests,
7 dass die Qualität des Bremer Bildungssystems eklatante Schwächen aufweist. Die Bildungsbü-
8 rokratie ufert aus, während die Bildung selbst vernachlässigt wird. Unseren allgemein bildenden
9 Schulen mangelt es an Effizienz und Effektivität. In den vergangenen Jahren nahm der Unter-
10 richtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen massiv zu. Die Politik hat versagt: Es gibt
11 bisher weder ausreichende Angebote für eine individuelle Förderung der Bremer und Bremer-
12 havener Kinder und Jugendlichen noch ein zukunftsfähiges Konzept für mehr Eigenverantwor-
13 tung der einzelnen Schulen. Das Land Bremen versäumt es, die Kernaufgaben der Schulpolitik
14 zu erfüllen: Bildungschancen und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, die Schulen ausrei-
15 chend zu finanzieren und Bildungsstandards vom Elementarbereich an verbindlich zu definieren
16 und verlässlich zu überprüfen.

17 Besonders ernüchternd ist, dass es in Bremen und Bremerhaven kaum gelingt, Benachteiligun-
18 gen aufgrund sozialer Herkunft auszugleichen. Im Land Bremen gibt es überdurchschnittlich
19 viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und, mehr als irgendwo sonst, Alleiner-
20 ziehende, die zum Teil hochgradig von Armut bedroht sind. In Bremerhaven wächst jedes dritte
21 Kind in Armut auf. Hier gilt, wie nirgendwo sonst: Armut führt zu einem schlechten Schulab-
22 schluss, ein schlechter Schulabschluss führt zu Armut – das ist ein Teufelskreis, aus dem es
23 auszubrechen gilt. Nach jahrzehntelanger vernachlässigter und zielloser Bildungspolitik ist es
24 nun an der Zeit für grundlegende Veränderungen mit klaren, konkreten und realisierbaren Ziel-
25 setzungen für den Unterricht, das Lernen und das soziale Verhalten.

26 Im Ergebnis muss ein Bildungssystem stehen, dass Kinder von Anfang an fördert und unter-
27 stützt, aber gleichzeitig Leistung einfordert und belohnt. Kinder und Jugendliche mit Behinde-
28 rungen müssen integrativ in das System mit einbezogen werden. Das System der schulischen
29 und außerschulischen sowie der vorschulischen Bildung muss deutlich besser finanziert und die
30 Gelder müssen deutlich effizienter eingesetzt werden. Die Mittel müssen bei den Schülern und
31 Schulen auch ankommen und dürfen nicht in einer überdimensionierten und unflexiblen Behör-
32 de versickern!

33 Vor der Schule

34 Es gilt als gesichert, dass die für die Entwicklung des Menschen besonders sensiblen Phasen
35 bei der Geburt beginnen und in der vorschulischen sowie frühen schulischen Lebensphase lie-
36 gen. Das heißt: Durch gute frühkindliche Bildung können Kindern erhebliche gesellschaftliche
37 Vorteile erwachsen. Hierfür sind in erster Linie die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten ver-
38 antwortlich; Kindertagesstätten müssen sie aber dabei unterstützen. Ob Neugier und Wissens-
39 durst der Jüngsten in Kindertagesstätten frühzeitig gefördert werden, hängt aber zumeist allein
40 vom Engagement der einzelnen Einrichtungen und der Erzieherinnen und Erzieher ab. Einheit-
41 liche Bildungsstandards oder verbindliche Förderbereiche gibt es derzeit nicht. Daher müssen
42 Kindertagesstätten in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht verbessert werden, geht doch
43 in Bremer und Bremerhavener Kindertagesstätten Betreuung leider vielfach noch immer vor
44 Bildung. Dabei sollen Kindertagesstätten die sprachlichen, motorischen und sozialen Fähigkei-
45 ten der Kinder gezielt fördern. Diverse Studien haben gezeigt, dass sich Mehrausgaben in die-
46 ser frühen Bildungsphase schon bald bezahlt machen, führen sie doch zu Minderausgaben in
47 späteren Jahren. Eine nachhaltige Haushaltspolitik investiert in die Bildung der Kleinsten!

48 Die FDP im Land Bremen setzt sich daher für den Ausbau eines bedarfsdeckenden wohnortna-
49 hen Angebotes an Halbtags- wie auch an Ganztagsplätzen mit dazugehörigem Frühstück und
50 Mittagessen, besonders auch für Kinder unter drei Jahren, ein. Dieses Betreuungsangebot kann

51 durch den Ausbau von Familienzentren und Eltern-Kind-Treffpunkten in den Kindertagesstätten
52 sowie durch qualifizierte Tagesmütter und -väter ergänzt werden.

53 Unser Ziel sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder – von Geburt an. Deshalb sind wir für
54 die Einführung eines kostenlosen Bildungs- und Betreuungsangebotes der 0-6jährigen. Es ist
55 nicht nachvollziehbar, dass gerade dort, wo Bildung am Effektivsten eingesetzt werden kann
56 und den größten gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, Eltern zur Kasse gebeten werden und so
57 insbesondere in den sozial schwachen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven Kinder in Armut
58 benachteiligt werden.

59 Außerdem muss es zukünftig in Kindertagesstätten mehrere Aufnahmetermine im Jahr geben,
60 damit Eltern und Kinder nicht ein Dreivierteljahr auf einen Kinderbetreuungsplatz warten müs-
61 sen. Die einmalige jährliche Aufnahme von Kindern ab 8 Wochen zum Ende der Sommerferien
62 ist absurd! Darüber hinaus muss die Betreuungsintensität verbessert werden. Dies bedeutet für
63 uns: eine qualifizierte Fachkraft für maximal sechs Kinder bei flexibler Gruppengröße. Es ist
64 auch notwendig, mehr männliche Erzieher für die Tätigkeit im Elementarbereich zu begeistern.
65 Ferner ist eine Umstrukturierung der Ausbildung mit dem Ziel der besseren Qualifizierung der
66 Erzieherinnen und Erzieher erforderlich. Dazu gehört auch eine Anpassung der Vergütung. Die
67 Ausbildung muss neben der sozialpädagogischen Orientierung verstärkt auf die Bildungspro-
68 zesse ausgerichtet werden und sich perspektivisch auf Hochschulniveau bewegen. Dabei
69 kommt es besonders auf eine Verbesserung der Diagnosefähigkeit zur Feststellung von beson-
70 deren Begabungen oder Schwächen an. Nur so können Kindertagesstätten dem Anspruch ei-
71 ner Bildungseinrichtung entsprechen und pädagogisch hochwertige frühkindliche Bildung ge-
72 währleisten.

73 Um den Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule zu erleichtern, muss die Verzahnung
74 beider Bildungseinrichtungen verbessert werden, angefangen bei der Verwaltung durch die Ver-
75 lagerung der Zuständigkeit für Kindergärten, Horte und Jugendhilfe in das Bildungsressort. Ko-
76 operationen zwischen den Kindergärten und den Schulen müssen aufgebaut bzw. intensiviert
77 werden. Neben Sprachstandserhebungen zwischen dem dritten und dem vierten Lebensjahr
78 soll der Besuch einer Kindertagesstätte für Kinder ab dem fünften Lebensjahr zur gezielten
79 Vorbereitung auf den Schuleintritt halbtags verpflichtend sein. Kinder mit sprachlichen Defiziten
80 werden während dieser Zeit gezielt gefördert.

81 **Für unsere Kinder nur das Beste – die Bürgerschule**

82 Der Landesverband der FDP in Bremen will den Eltern und Schulen endlich mehr Freiheit ge-
83 ben. Schulen sollen ihren Aufbau und ihre Organisation selbst und unabhängig vom Staat
84 bestimmen. Der Staat kümmert sich zukünftig hingegen ausschließlich um die Sicherstellung
85 der Qualität und das Einhalten von Lernzielen und sorgt für eine solide Finanzierung. Eltern
86 sollen die jeweils beste Schule für ihre Kinder selbst wählen können. Für die FDP im Land Bre-
87 men ist entscheidend, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten gefordert wie auch
88 gefördert und von motivierten Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wird.

89 Daher setzt sich die FDP im Land Bremen für ein innovatives Modell ein, das allen Bremer
90 Schülern unabhängig vom Einkommen der Eltern den Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft
91 ermöglicht: **die Bürgerschule.**

92 Ziel der Bürgerschule ist es, im Bremer Bildungssystem eine größtmögliche Vielfalt herzustellen
93 und den Eltern und Schülern eine optimale Auswahl unter verschiedenen Trägern und Schulty-
94 pen zu eröffnen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, die Organisation öffentlicher Schulen auf
95 freie Träger wie Vereine, Stiftungen oder Glaubensgemeinschaften zu übertragen, um von de-
96 ren Engagement, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und pädagogischen Konzep-
97 ten zu profitieren.

98 Das System der Förderschule als „chancenlose Resteschule“ ist für uns so nicht tragbar. Kinder
99 mit Lernschwächen werden in das Schulkonzept eingebunden, um den bestmöglichen Ab-
100 schluss zu erzielen. Auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen müssen in den normalen
101 Schulalltag integriert werden. Ziel ist eine vollständige Inklusion.

102 **Das Konzept der Bürgerschule besteht im Wesentlichen aus folgenden Eckpunk-**
103 **ten:**

104 **Wahlfreiheit für Eltern und Schüler**

105 Das erste und wichtigste Element der Bürgerschule ist die absolute Wahlfreiheit für Eltern und
106 Schüler vom ersten Schuljahr an. Allein sie entscheiden, welche Schule im Land Bremen oder
107 darüber hinaus besucht werden soll. So steigt die Identifikation der Schüler und Eltern mit „ih-
108 rer“ Schule. Noch bestehende Schuleinzugsgrenzen müssen abgeschafft werden. Der Wohnsitz
109 darf die Auswahlmöglichkeiten für die passende Schulen nicht einschränken.

110 **Trägerschaftsfreiheit für die Schulen**

111 Die Schulen erhalten zukünftig zur Finanzierung ihrer Aufgaben nicht mehr nur das, was der
112 jeweilige Bildungssenator mit dem Finanzsenator gerade aushandeln konnte. Zukünftig soll jede
113 Schule pro Schüler einen festen Betrag erhalten. Dieser Betrag orientiert sich an den durch-
114 schnittlichen Kosten, die einer Schule pro Schüler entstehen. Hierbei werden die spezifischen
115 Kosten einer bestimmten Jahrgangsstufe, des Bildungszweiges, aber auch das soziale Umfeld
116 und der bauliche Zustand einer Schule berücksichtigt.

117 Das Entscheidende ist: Auf diese Weise wird jede Schule verlässlich und voll finanziert, unab-
118 hängig davon, ob der Schulträger öffentlich (Stadtgemeinde Bremen oder Bremerhaven) oder
119 privat (Stiftung, Verein, Glaubensgemeinschaft oder andere) ist. Das Besondere: Wenn eine
120 Schule in freier Trägerschaft diese Art von Vollfinanzierung durch den Staat wählt, muss sie -
121 wie staatliche Schulen - auf Schulgebühren für Eltern bzw. Schüler verzichten. Der Vorteil:
122 Hierdurch wird jedem Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, der Zutritt zu einer Schule in
123 freier Trägerschaft ermöglicht.

124 **Budgetfreiheit für die Schulen**

125 Die Schulen können mit ihrem Geld eigenverantwortlich haushalten und entsprechend ihrem
126 Profil und den Bedürfnissen der Schüler eigene Schwerpunkte setzen. Der Einsatz der finan-
127 ziellen Mittel wird lediglich einer regelmäßigen Verwendungskontrolle durch die Schulverwal-
128 tung und den Landesrechnungshof unterzogen. Durch die Budgetfreiheit und die eigenverant-
129 wortliche Mittelverwendung werden Bremens Schulen zudem wirksam vor sachfremden Ent-
130 scheidungen der Schulbürokratie geschützt. Die Schulen – öffentliche wie private – sind frei,
131 sich neben der staatlichen Finanzierung zusätzliche Finanzquellen von Dritten zu erschließen.

132 **Personalfreiheit für die Schulen**

133 Die Personalfreiheit ist das vierte zentrale Element der Bürgerschule. Die Schulen können ihr
134 Personal selbst und nach eigenen Kriterien aussuchen, einstellen und entlohnen. Der Beam-
135 tenstatus von Lehrerinnen und Lehrern ist in einem modernen Berufsbeamtentum, welches auf
136 seine Kernaufgaben im Rahmen der Erfüllung hoheitlicher Funktionen konzentriert wird, nicht
137 mehr zeitgemäß. Durch die Personalfreiheit der Schulen wird sichergestellt, dass das Kollegium
138 den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und dem individuellen Profil der Schulen ent-
139 spricht. Neben Lehrerinnen und Lehrern können unter anderem auch Sozialarbeiter und Psy-
140 chologen zum Kollegium gehören, da die gesellschaftlichen Veränderungen immer neue Her-
141 ausforderungen darstellen, die von Pädagogen allein kaum zu bewältigen sind. Die Verantwor-
142 tung für das Personal erhöht das Interesse der Schule an qualifizierten und engagierten Fach-
143 kräften und sichert die Qualität des Schulunterrichts.

144 **Gestaltungsfreiheit für die Schulen**

145 Das fünfte Grundprinzip der Bürgerschule ist die Gestaltungsfreiheit für die Schulen selbst.
146 Welchen Weg die Schulen gehen, um die Lernziele und Standards zu erreichen, und welche
147 pädagogischen Schwerpunkte sie setzen, entscheidet jede Schule in eigener Verantwortung.
148 Jede Schule kann sich ein eigenes Profil geben: sei es ein mathematisches, musisches, künst-
149 liches, naturwissenschaftliches, sportliches, kaufmännisches, handwerkliches oder ein ande-

150 res. Auf diese Weise werden Individualität, Begabungen und persönliche Bedürfnisse der Schü-
151 ler wesentlich stärker angesprochen und gefördert als bisher. Schüler identifizieren sich auch
152 eher mit „ihrer“ Schule und sind so motivierter. Diese Stärkung der Eigenverantwortung und der
153 Gestaltungsfreiheit der einzelnen Schule führt auch zu qualitativ besseren Bildungsabschlüssen
154 und somit zu größeren Zukunftschancen für unsere Kinder.

155 Natürlich müssen alle Schulen eindeutige und überprüfbare Qualitätsstandards erfüllen, die mit
156 denen anderer Bundesländer wie Niedersachsen oder auch Bayern und Baden-Württemberg
157 vergleichbar sind. Alle Schulen beteiligen sich an Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen.
158 Dabei müssen grundsätzlich an einer Schule die Schulabschlüsse der Berufsbildungsreife und
159 der Hochschulreife aufeinander aufbauen. Die Durchschnittsergebnisse der staatlich vorgege-
160 benen und kontrollierten Vergleichsarbeiten sowie von zentralen Prüfungen werden ebenso
161 anonymisiert veröffentlicht, wie Berichte externer Evaluationen. Somit können alle Eltern und
162 Schüler vergleichen, welche Schule bessere und welche weniger gute Ergebnisse erzielt. Es
163 herrscht Transparenz und ein gesunder Wettbewerb!

164 **Ganztagschule**

165 Eine moderne Schule muss sich auch den Bürgern anpassen und mit verbesserten Rahmenbe-
166 dingungen - stärker als bislang - den gegenwärtigen Arbeitsprozessen und der Lebenswirklich-
167 keit berufstätiger Eltern und Alleinerziehender Rechnung tragen. Das bedeutet, dass ein be-
168 darfsgerechter Ausbau des Angebotes an verlässlichen offenen, teilgebundenen und vor allem
169 gebundenen Ganztagschulen unbedingt erfolgen muss. Die offenen Ganztagschulen dürfen
170 dabei nur eine Übergangsphase darstellen. Ganztagschulen in Bremen und Bremerhaven
171 müssen in Zukunft auch die Essensversorgung nicht nur angesichts der steigenden Zahl von
172 Kindern, die hungrig in die Schule gehen, sondern auch im Hinblick auf die Bedingungen im
173 modernen Schulalltag sichern. Schulmahlzeiten sind schon jetzt unentbehrlich und werden zu-
174 künftig noch wichtiger. Daher müssen diese Mahlzeiten kostenlos für alle Schüler sein. Sie kön-
175 nen auch zusätzlich für Unterricht in Lebensmittelkunde und -verarbeitung genutzt werden.

176

177 **Freiheit statt Bürokratie, Vielfalt statt Gleichmacherei, Verantwortung statt Be-** 178 **vormundung**

179 Die FDP im Land Bremen steht für Vielfalt, Individualität und Eigenverantwortung. Mit der Bür-
180 gerschule wollen wir Schulen, Schülern und Eltern mehr Freiheit geben und für Bildungsgerech-
181 tigkeit sorgen.

182 **Für unsere Kinder nur das Beste: Bürgerschulen für alle statt Schule für alle!**

183

184 Autoren: Dr. Hauke Hiltz, Mark Ella, Dr. Magnus Buhlert, Rudolf Oelrich, Anja Knoth

185 Unser besonderer Dank gilt Mieke Senftleben und der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ber-
186 lin für ihr Positionspapier „Bürgerschule“.